

Hier wird unterstellt, daß alle ehemaligen Offiziere des MfS nichts aus dem Untergang der DDR und der Art und Weise des Zerschlagens des MfS selbst gelernt hätten, daß sie nicht bereit und fähig seien zum Umdenken, zum Lernen, zu einem ehrlichen Neuanfang. Ihnen wird schlicht unterstellt, sie seien alle schon immer kleine Mielkes gewesen, bis heute geblieben und sännen nur noch auf Rache. Damit wir ihnen ihr Menschsein abgesprochen.

Die Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei "Deutsche Polizei" listet in ihrer Ausgabe 9/91 mit der gleichen Einstellung alle möglichen Fälle von schwerer Kriminalität und von Terror auf, an der die ehemaligen Angehörigen der Staatssicherheit beteiligt sein könnten. Es heißt da: "Nach Wissen der GdP sind zahlreiche ehemalige Stasi-Mitarbeiter bei privaten Sicherheitsdiensten untergekommen bzw. haben solche Firmen gegründet. Für diese 'Berufswahl' kann man sogar ein gewisses Verständnis haben, weil die Betroffenen damit ein Metier betreiben, das ihnen auf Grund ihrer Ausbildung nicht fremd ist. Allerdings muß auf mögliche Risiken aufmerksam gemacht werden."

Und dann werden die Risiken benannt: Untergrundarbeit, illegaler Drogenhandel bis nach Asien, Wirtschaftskriminalität mit Manipulationsmöglichkeiten in Millionenhöhe, Besitz und eventueller Gebrauch von Waffen, Munition und Sprengmitteln, Überwachungsmechanismen wie früher in der DDR durch Dienstleistungen privater Sicherheitsunternehmen, in weiten Teilen noch unaufgeklärte personelle und organisatorische Strukturen, Zusammenarbeit mit der RAF, beispielsweise beim Terroranschlag gegen den ersten Chef der Treuhand, Rohwedder, Banküberfälle und allgemeiner Terror.

"Kameradschaftlicher Zusammenhalt einerseits und totale Perspektivlosigkeit im sozialen Abseits andererseits" (immerhin wird das offen eingestanden - D.M.) "machen jedoch zwangsläufig geneigt zu Gewalt und Terror. ... Daß dennoch Generalbundesanwalt (GBA) und BKA die Attentate auf Rohwedder und die Berliner Treuhand der RAF anlasten, ist lediglich Zeichen der Hilflosigkeit angesichts fehlender tatsächlicher Anhaltspunkte - was wiederum auf gegenüber der RAF erhöhte Professionalität hinweist und Ausfluß der 'Behördenmentalität', phantasielos nur an Tatortspuren anzuknüpfen, ohne den gesellschaftlichen Kontext mit in die Überlegungen einzubeziehen und Gedanken kreativ zu vernetzen.

Betrachtet man das brisante Potential, so muß zwangsläufig die bisherige völlige Verknennung und Vernachlässigung dieser Problematik im politischen Umfeld geradezu fahrlässig erscheinen. Während die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter vergeblich alle legalen Mittel ausschöpften, sich sozial und beruflich zu arrangieren, blieb die Politik untätig."